



Agenda 2020

Wege aus dem Schuldenstaat · Städte und Gemeinden stärken Sozialsysteme stabilisieren · Eigenverantwortung fördern

Resolution des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Bund, Länder und Kommunen sind in Deutschland mit über zwei Billionen Euro verschuldet. Täglich müssen dafür fast 170 Millionen Euro Zinsen aufgebracht werden. Trotz eines guten Wirtschaftswachstums und zurück gehender Arbeitslosigkeit kommen die staatlichen Haushalte nicht ohne neue Schulden aus. So haben die Städte und Gemeinden im Jahr 2011 ein Defizit von rund drei Milliarden Euro verzeichnet. Zwar signalisieren die Steuerschätzungen Mehreinnahmen, doch die Ausgaben steigen immer schneller. So haben die Sozialausgaben im Jahre 2011 erstmals die 44-Milliarden-Eurogrenze fast erreicht. Nach wie vor droht vielen Kommunen die Handlungsunfähigkeit. Das hat gravierende Folgen für das Leben der Menschen vor Ort und führt zwangsläufig zu weniger Investitionen, zum weiteren Verfall der Infrastruktur und dazu, dass wichtige Vorhaben wie der Weg in die Bildungsrepublik, eine bessere Kinderbetreuung und die Integrationsförderung nicht im nötigen Umfang vorangetrieben werden können. Die freiwilligen Aufgaben werden zunehmend in Frage gestellt. Damit ist nicht nur die kommunale Selbstverwaltung, sondern auch die lokale Demokratie gefährdet. Sie ist die Basis unseres Staates.

Bürgerinnen und Bürger begegnen dem Staat in erster Linie in ihrer Stadt und Gemeinde. Wenn dort nicht mehr ansatzweise das Notwendigste geleistet werden kann, wird die Politikverdrossenheit weiter steigen, die Partizipation und die Bereitschaft, sich für die Allgemeinheit einzusetzen, sinken. Die Politik muss die Wende herbeiführen. **Wir brauchen eine Agenda 2020, mit der die notwendigen Reformen und die Neuausrichtung unserer Gesellschaft eingeleitet werden. Wie bei der Energiewende brauchen wir ein komplettes Umsteuern, um den Weg aus dem Schuldenstaat zu finden und endlich wieder in die Lage versetzt werden, die notwendigen öffentlichen Investitionen dauerhaft zu finanzieren.** Die Reformen müssen dazu beitragen, dass der Sozialstaat dauerhaft finanzierbar bleibt und zukunftsfest wird. Gleichzeitig muss dem demografischen Wandel Rechnung getragen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter gestärkt werden.

Dies wird nur mit starken Städten und Gemeinden verwirklicht werden können. Nur wer die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden sichert, ihre Gestaltungsmöglichkeiten erweitert und die kommunalen Kompetenzen sinnvoll nutzt, sichert damit auch die Demokratie und den Wohlstand unserer Gesellschaft.





1. Kommunale Einnahmen verbessern

Gewerbesteuer reformieren:

- Erweiterung der Bemessungsgrundlage:
Bewährte Elemente bewahren und stärken.
- Schwachstellen durch Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen auf Selbständige kurzfristig und ohne bürokratischen Aufwand beseitigen.

Grundsteuer reformieren, Aufkommen verbessern.

Gemeindlichen Umsatzsteueranteil erhöhen.

2. Ausgaben reduzieren!

Die Kommunen finanzieren in zu großem Umfang Sozialausgaben, die gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgaben darstellen. Die Entlastung der Kommunen von den Kosten der Grundsicherung war ein erster richtiger Schritt, dem weitere folgen müssen.

Bundesteilhabegeld für Behinderte einführen

Das Risiko einer Behinderung ist – ebenso wie die Pflegebedürftigkeit – ein allgemeines Lebensrisiko. Daher sollte zur teilweisen Abdeckung ein Bundesteilhabegeld eingeführt werden. Zusätzlich sollten einzelne Risiken in die Pflegeversicherung bzw. in die Krankenversicherung überführt werden.

Eigenverantwortung und Eigenvorsorge stärken

Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen und Anreize, damit die Menschen in größerem Umfang für das Alter, für Pflege oder Behinderung Eigenvorsorge betreiben. Ein „Pflegeriester“ kann hier hilfreich sein.

3. Konnexitätsprinzip im Grundgesetz verankern

Für den Bund sollte der Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“ verfassungsrechtlich festgeschrieben werden.

- Keine neuen Leistungen und keine Erhöhung bestehender Leistungen ohne finanzielle Absicherung.

4. Leistungsgesetze tabulos überprüfen

Den Weg aus dem Schuldenstaat werden wir nur finden, wenn wir bereit sind, Leistungsgesetze tabulos zu überprüfen.

- Vorrang für Investitionen vor höheren Transferleistungen.
- Lebensarbeitszeit weiter verlängern, Eigenvorsorge ausbauen.

5. Aktionsprogramm Kinderbetreuung

- Zusätzliche Finanzmittel von Bund und Ländern unverzichtbar.
- Aktionsprogramm für Tagesmütter.
- Flexibilisierung von Standards.
- Stärkeres Engagement der Wirtschaft (Betriebskindergärten, Arbeitsumfeld anpassen).

6. Energiewende und Bürgerbeteiligung

- Rolle der Kommunen bei der Energiewende deutlich stärken.
- Kommunen an der Wertschöpfung beim Netzausbau beteiligen.
- Bürgerbeteiligung insbesondere im Planfeststellungsverfahren modernisieren.
- Höhere Förderung der energetischen Gebäudesanierung.
- Kommunale Planungshoheit beim Netzausbau durch frühzeitige Beteiligung der Kommunen beachten.

7. Mit mehr Europa in eine bessere Zukunft

- Erfolge des europäischen Einigungsprozesses besser kommunizieren.
- Funktionsfähigkeit Europas in Kooperation mit Kommunen und Regionen verbessern.
- Einigungsprozess vorantreiben.
- Europäisches Parlament und Ausschuss der Regionen stärken.
- Ausbau des Wirtschafts- und Sozialmodells voranbringen.
- Subsidiaritätsprinzip beachten.